

Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Thomas Gugler

Imran Khan gewinnt Parlamentswahlen

Rund 106 Millionen registrierte Wähler/-innen waren am 25. Juli zur Stimmabgabe aufgerufen. Cricket-Idol Imran Khan (65) ist Pakistans neuer Premierminister. Seine Partei, *Pakistan Tehreek-e Insaaf* (PTI, Bewegung für Gerechtigkeit), ging als stärkste Kraft aus den Parlamentswahlen hervor und errang insgesamt 149 der 342 Sitze in der Nationalversammlung. Dies sind 114 Sitze mehr als bei den letzten Parlamentswahlen 2013 (35 Sitze). Für die Bildung einer Regierungsmehrheit muss Imran Khan jedoch 172 Abgeordnete der Nationalversammlung hinter sich versammeln, um eine tragfähige Regierungskoalition schmieden zu können. Die Muslimliga (PML-N) stellt künftig 82 Abgeordnete in der Nationalversammlung (2013: 166), die Volkspartei (PPP) 54 (2013: 42). Die Oppositionsparteien wollten das Wahlergebnis zunächst nicht anerkennen. Wahlsieger Khan verspricht einen islamischen Wohlfahrtsstaat sowie den Kampf gegen Korruption und Nepotismus. Die Finanzierbarkeit eines Wohlfahrtsstaates ist noch ungeklärt, zumal Pakistan akut eine Zahlungsbilanzkrise droht. Spätestens im September wäre eigentlich ein IWF-Rettungsprogramm im Umfang von 10 Milliarden Euro nötig. Die USA lehnen das bislang ab, da die Gelder auch zur Tilgung chinesischer Kredite für den CPEC (chinesisch-pakistanischer Wirtschaftskorridor; siehe unten) verwendet werden würden. In seiner ersten Rede als Premierminister an die Nation am 20. August bat Khan die Pakistaner im Ausland, Dollarkonten in Pakistan zu eröffnen. Der frühere Playboy und Frauenheld ist in den letzten Jahren zunehmend konservativer und religiöser aufgetreten. Im Januar ehelichte er die tiefreligiöse Sufi-Anhängerin Bushra Maneka (39), die – im Gegensatz zu Khans früheren Ehefrauen – nur verschleiert in der Öffentlichkeit auftritt. In Interviews hat Imran Khan zuletzt insbesondere den türkischen Autokraten Recep Tayyip Erdoğan als sein Vorbild genannt. Khan wird nicht in den Präsidentenpalast einziehen. Seine Privatvilla in Banigalla in den Bergen über Islamabad ist ohnehin schöner. Politische Beobachter betonen, dass Khan auch deswegen gewonnen habe, weil sein Hauptwidersacher Nawaz Sharif beim mächtigen Militär Pakistans in Ungnade gefallen war.

Ergebnisse der Provinzwahlen

Bei den Parlamentswahlen in der Provinz Panjab wurde Imran Khans PTI stärkste Kraft und errang

175 von 371 Sitzen. Die Muslimliga (PML-N) errang in Pandschab 162 Sitze. Im Sindh wurde die Volkspartei (PPP) mit 95 von 168 Parlamentssitzen die stärkste Kraft. Die PTI errang im Sindh 30, die MQM 21 Sitze. In der Provinz Khyber Pakhtunkhwa erreichte die PTI mit 66 von 99 Sitzen die absolute Mehrheit. In Belutschistan wurde die regionale Volkspartei (Belutschistan Awami Partei) mit 20 von 64 Parlamentssitzen stärkste Kraft.

Zehn Jahre Haft für Nawaz Sharif

Am 6. Juli, knapp drei Wochen vor den Parlamentswahlen, hatte ein Gericht in Islamabad den ehemaligen Premierminister Nawaz Sharif in Abwesenheit wegen Korruption zu einer zehnjährigen Gefängnisstrafe sowie einer Geldstrafe von neun Millionen Euro verurteilt. Seine Tochter Maryam (44) wurde zu sieben Jahren Haft und einer Geldstrafe von zwei Millionen Euro verurteilt. Ihr Ehemann wurde zu einer einjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Der Prozess stand im Zusammenhang mit dem Erwerb von Luxusimmobilien in London, der durch die *Panama-Papers* öffentlich wurde. Im Juli 2017 wurde Nawaz Sharif des Amtes enthoben, im April 2018 erteilte ihm das Oberste Gericht ein lebenslanges Politikverbot. Die Muslimliga wird seitdem von seinem Bruder Shahbaz Sharif geführt. Das Urteil bedeutet einen schweren Rückschlag für die Muslimliga im Wahlkampf. Die Wahlen fanden vor dem Hintergrund von Vorwürfen der Einmischung des vom Militär geleiteten Establishments und der Justiz statt. Nawaz und Maryam Sharif hielten sich zum Zeitpunkt der Urteilsverkündung in London auf und kehrten am 13. Juli nach Pakistan zurück. Bei ihrer Ankunft in Lahore wurden beide festgenommen und ins Zentralgefängnis in Rawalpindi überführt. Shahbaz Sharif übernahm am 20. August das Amt des Oppositionsführers im Parlament. Kurz vor Drucklegung des SÜDASIEN-Heftes ordnete ein Gericht wieder beider Freilassung an.

Anschläge auf Wahlkampfveranstaltungen

In der Südprowinz Belutschistan haben radikalislamische Extremisten am 13. Juli zwei Wahlkampfveranstaltungen attackiert. In Mastung tötete ein Selbstmordattentäter des IS 149 Menschen und verwundete 186 weitere. Es ist der tödlichste An-

schlag in Pakistan seit dem Taliban-Angriff auf eine Armeschule in Peschawar im Dezember 2014. Primäres Ziel des Anschlages auf die Wahlkampfveranstaltung der regionalen Volkspartei (Belutschistan Awami Partei) war der kandidierende Politiker Siraj Raisani, der im Krankenhaus seinen Verletzungen erlag. Er war der jüngere Bruder Aslam Raisanis, des ehemaligen Regierungschefs der Provinz Belutschistans.

Bei der Explosion eines in einem Motorrad versteckten und ferngezündeten Sprengsatzes wurden in Bannu am gleichen Tag fünf Menschen getötet und 37 weitere verletzt. Eine Taliban-Gruppe bekannte sich zu dem Anschlag, der A. K. Durrani hätte treffen sollen, früherer Regierungschef der Provinz Khyber Pakhtunkhwas.

Am Wahltag tötete ein Selbstmordattentäter des IS in der Nähe eines Wahllokals in Quetta, der Hauptstadt der Provinz Belutschistan, 29 Menschen und verletzte 35 weitere. Belutschistan ist die größte, ärmste und unruhigste Provinz des Landes. Bereits am 10. Juli wurden 20 Menschen – unter ihnen der Politiker Haroon Bilour der ANP (*Awami National Party*) – bei einem Selbstmordanschlag der Taliban in Peschawar getötet.

Kampf gegen globale Herabwürdigung des Islam

In seiner ersten Rede als Premierminister vor dem Senat kritisierte Imran Khan am 27. August das Versagen muslimischer Länder im weltweiten Kampf gegen Islamophobie und Blasphemie scharf. Er versprach den Senatoren, das Thema bei den Vereinten Nationen mit Nachdruck zu thematisieren. Pakistans Senat hatte jüngst die Vereinten Nationen in einer Resolution auf die Ankündigung eines Karikaturen Wettbewerbs des niederländischen Politikers Geert Wilders hingewiesen. Pakistan hatte am 20. August die niederländische Botschafterin einberufen und ihr diesbezüglich eine Protestnote überreicht. Auch der pakistanische Botschafter in Den Haag hat die niederländische Regierung diesbezüglich konsultiert. Die pakistanische Regierung strebt ein kraftvolles und koordiniertes internationales Vorgehen gegen die Herabwürdigung des Islam an, unter anderem zusammen mit den Mitgliedsstaaten der Organisation für Islamische Zusammenarbeit, sowie im Rahmen des UN Menschenrechtsrates. Mit dem Verweis auf europäische Gesetze gegen Holocaustleugnung, die nach Khans

Verständnis jüdische Gefühle schützten, fordert der Premierminister weltweite Gesetzesinitiativen zum Schutz muslimischer Frömmigkeitsgefühle. Der pakistanische Cricket-Star Khalid Latif, gegenwärtig wegen Spielmanipulation und Korruption eingesperrt, hat am 26. August in einem Video auf seinem Facebook-Profil ein Kopfgeld von drei Millionen Rupien für die Ermordung Geert Wilders ausgerufen. Geert Wilders hat den Wettbewerb infolge zahlreicher Todesdrohungen am 30. August abgesagt, nachdem am gleichen Tag ein 26-jähriger Pakistaner in den Niederlanden nach der Androhung eines Mordanschlages auf Wilders vorübergehend inhaftiert wurde. Bereits im Wahlkampf hatten religiöse Hardliner die Niederlande massiv attackiert. So erklärte der *Barelwi*-Prediger Khadim Hussain Rizvi, Gründer der Partei *Tehreek-e Labbaik Pakistan* (TLP: Hier-bin-ich-Bewegung), er werde die Atomwaffen Pakistans zur Auslöschung der Niederlande einsetzen, bevor dort ein Karikaturenwettbewerb stattfindet. Die TLP hat zwar keinen Sitz in der Nationalversammlung errungen, ist aber aus dem Stand die nach Stimmenzahl fünftgrößte Partei geworden. Die TLP begann am 29. August einen landesweiten Protestmarsch gegen den niederländischen Karikaturenwettbewerb von Lahore nach Islamabad. Dieser wurde nach der Absage des Wettbewerbs am 30. August abgebrochen. Pakistan verfügt weltweit über das schärfste Gesetz zur Verteidigung der Ehre des Propheten Muhammad.

Geheimdiensttreffen in Islamabad

Offenbar erstmalig fand am 10. Juli ein Treffen der Geheimdienstchefs Russlands, Chinas, Irans und Pakistans in Islamabad statt. Auf der Agenda standen regionale Bedrohungsszenarien durch das Erstarken des IS in Afghanistan. Ehemalige Kämpfer aus dem Irak und Syrien sollen sich insbesondere im Nordosten Afghanistans angesammelt haben. Russland soll den USA und der NATO vorgeworfen haben, die Gefahr von IS-Aktivisten in Afghanistan systematisch zu ignorieren oder gar zu dulden, um die Grenzregion zu den zentralasiatischen Staaten zu destabilisieren. Aus Sicht Russlands dienen die neuen Trainingslager des IS im Nordosten Afghanistans vor allem zur Rekrutierung von Kämpfern aus den zentralasiatischen Staaten. Die vier beteiligten Parteien einigten sich auf eine aktivere Beteiligung der direkt betroffenen Regionalmächte an der Stabilisierung Afghanistans. China dementierte Berichte über den Bau eines chinesischen Militärstützpunktes für 500 chine-

sische Truppen zur Ausbildung afghanischer Soldaten in der Provinz Badachschan im äußersten Nordosten Afghanistans. China bestätigte aber finanzielle Hilfe und logistische Unterstützung für die afghanische Armee im Nordosten. China beteiligt sich außerdem am Aufbau einer Gebirgsbrigade an der chinesisch-afghanischen Grenze zur Eindämmung der „drei Kräfte“ (Separatismus, Terrorismus, Extremismus) und an der Verbesserung der bilateralen militärischen Zusammenarbeit im Grenzschutz.

Neue Seidenstraße

Die *International Crisis Group* warnt in einem Bericht vor überhöhtem Enthusiasmus bezüglich des im April 2015 eröffneten chinesisch-pakistanischen Wirtschaftskorridors (CPEC). Als bahnbrechend und spielverändernd bewarb Pakistan die Zusammenarbeit im Rahmen des chinesischen Projekts der neuen Seidenstraße. Mit Kreditzusagen und Investitionen von bis zu 50 Milliarden Euro soll die Transportinfrastruktur und Energiesicherheit zwischen dem Tiefseehafen in Gwadar und der chinesischen Grenze ausgebaut werden. Mittlerweile zeichnet sich jedoch ab, dass ein Großteil der investierten Gelder nach China abfließt. Pakistans Auslandsschulden steigen massiv, was die Inflation anheizt und die ohnehin knappen Devisenreserven weiter reduziert. Schließlich profitiert die Bevölkerung Pakistans wirtschaftlich wenig. Ohne Reformen könnten soziale Spaltungen vertieft und politische Spannungen verstärkt werden. Insbesondere in Belutschistan wächst der Unmut der lokalen Bevölkerung. Anstatt wie versprochen das verschlafene Fischerdorf Gwadar in eine betriebsame Wirtschaftsmetropole zu verwandeln, entstand dort eine hochmilitarisierte Zone, aus der immer mehr Anwohner vertrieben werden. Der Bericht empfiehlt eine Debatte im Parlament darüber, wie betroffene Landbesitzer und Teile der Zivilbevölkerung fair entschädigt werden können, oder wie eine Erhöhung des Anteils der lokalen Arbeitskräfte erreicht werden kann und auch kritische Stimmen Gehör finden. Chinesische Firmen sollen die lokale Kritik aufnehmen und ortsansässige Arbeitskräfte verstärkt einbinden.

Pakistan wegen Terrorfinanzierung gelistet

Am 27. Juni wurde Pakistan wieder der grauen Liste der *Financial Action Task Force* (FATF) hinzugefügt. Die eingeräumte Schonfrist (vgl. Süda-

sien 1/2018) hatte Pakistan nicht genutzt. Damit ist das pakistanische Finanzsystem aufgrund strategischer Schwächen als Risiko für das internationale Finanzsystem ausgewiesen. Der ehemalige Finanzminister Miftah Ismail informierte das Parlament bereits im März darüber, dass eine Listung die wirtschaftliche Entwicklung des Landes nicht belaste und lediglich peinlich sei. Von den 37 Mitgliedstaaten der FATF unterstützte zuletzt nur noch die Türkei die Position Pakistans. China hatte seine Unterstützung als offensichtlich aussichtslos zurückgezogen. Neben Pakistan befinden sich Sri Lanka, Äthiopien, Serbien, Trinidad und Tobago, Tunesien, Syrien und Jemen auf der grauen Liste. Als Steigerung gilt eine Listung auf der schwarzen Liste, auf der gegenwärtig lediglich Iran und Nordkorea stehen. Pakistan reagierte auf die Listung am gleichen Tag mit der Freigabe der eingefrorenen Konten des Terrorchefs Ahmed Ludhianvi, Anführer der extremistischen Organisation *Ahl-e Sunnat wa-l Jamaat*, bekannter unter dem Namen *Sipah-e Sahaba*. Das Verbot der militanten Organisation wurde ebenfalls am gleichen Tag aufgehoben. Ludhianvi darf wieder auf seine Konten zugreifen, das Land verlassen sowie Schusswaffen erwerben und mitführen.

USA versagen Militärhilfe

Kurz vor der Pakistanreise des US-Außenministers Mike Pompeo gab das Pentagon am 01. September bekannt, dass es Militärhilfe an Pakistan in Höhe von 260 Millionen Euro aufgrund mangelnden Engagements des Landes im Kampf gegen Terror nicht anweisen wird. Bereits Anfang des Jahres hatten die USA die Überweisung von 430 Millionen Euro Koalitionshilfe an Pakistan verweigert. Für Imran Khan verschärft sich mit dieser Entscheidung die Zahlungsbilanzkrise Pakistans. Die Devisenreserven des Landes decken die Importkosten noch bis in den Oktober. Imran Khan gilt als Kritiker des US-angeführten Kampfes gegen den Terror in Afghanistan. Pakistan hatte seit dem 11. September Hilfgelder in der Höhe von mehr als 28 Milliarden Euro von den USA erhalten. Bereits in der zweiten Augustwoche hatten die USA die Gelder für die militärische Weiterbildung pakistanischer Offiziere an US-amerikanischen Militäreinrichtungen gestrichen. Die 66 Plätze, die dieses Jahr für pakistanische Offiziere reserviert waren, werden 2019 auf andere Nationen verteilt.